

Beschluss des Beirates Gröpelingen

Parken zwischen Bäumen: Bürgerbeteiligung und Transparenz im Verwaltungshandeln herstellen!

Der Stadtteilbeirat hat auf seiner Sitzung am 21.09.2022 die Ausführungen des Umweltressorts und des Umweltbetriebes Bremen zur Setzung von Baumschutzpfählen entlang der Oslebshauer Heerstraße stadtauswärts z.K. genommen, gleichfalls für die Entschuldigung für die nicht erfolgte Ankündigung der Maßnahme.

Auch dem Stadtteilbeirat liegt der Baumschutz sehr am Herzen. Allerdings ist die Ortspolitik mit der generellen Kommunikation der Maßnahmen, der fehlenden Abstimmung zwischen den Verwaltungseinheiten und der kompromisslosen Ausführung nicht einverstanden.

Der Stadtteilbeirat fordert daher die SKUMS auf, nachfolgende Punkte umzusetzen:

- Dem Stadtteilbeirat eine Liste zu übergeben, die jene Straßenabschnitte in seinem Zuständigkeitsbereich ausweist, die grundsätzlich für eine Abpollerung zum Baumschutz in Frage kommen.
- Nach Möglichkeit diese Liste mit den Zustandsberichten zu den Bäumen und den voraussichtlich zur Verfügung stehenden zukünftigen Haushaltsmitteln abzugleichen und daraus eine Prioritätenliste über die nächsten Jahre dem Stadtteilbeirat mitzuteilen und diese auch zur Veröffentlichung für die BürgerInnen freizugeben.
- Grundlegende Bedürfnisse der Daseinsvorsorge, wie bspw. die Erreichbarkeit für Pflegedienste, Notdienste, Handwerker, Großfamilieneinkäufe, Paketzustellungen etc. zu berücksichtigen und entsprechenden offiziellen Parkraum in zumutbarer Entfernung auf öffentlichem Grund dafür vorzuhalten.

Begründung:

An der Oslebshauer Heerstraße wurden jüngst stadtauswärts über 130 Stahlpfähle gesetzt, um das Parken zwischen Bäumen zu verhindern. Wird, wie durch die SKUMS angekündigt, auch die andere Straßenseite abgepollert, erwartet der Beirat schwere Zerwürfnisse. Aus einer weiteren langen Straße liegen hunderte Unterschriften gegen eine Pfahlsetzung vor, da als Folge ein Parkchaos befürchtet wird.

Es wird somit keine Rücksicht auf spezielle Lebenslagen wie Pflegebedürftigkeit o.ä. genommen und u.E. werden Familien, die für den Arbeitsweg aufgrund nicht vorhandener ÖPNV-Anbindungen auf das Auto angewiesen sind, darüber in Existenznöte getrieben.

Dies kann auch deshalb vor Ort nicht verstanden werden, da im Heerstraßenzug an etlichen anderen Stellen der Bereich zwischen den Straßenbäumen gepflastert und dort offizielle Parkbuchten eingerichtet wurden. Baumscheiben für dortige Bäume sind teilweise viel kleiner als im o.g. abgepollerten Bereich und Regenwasser dürfte dort größtenteils in die Kanalisation abgeleitet werden. Trotzdem gibt es auch mächtige Bäume an diesen Stellen.

Wenn die Marktwirtschaft auch beim Parken eingeführt und das kostenlose Parken auf öffentlichen Flächen zugunsten eines kostenpflichtigen Parkens auf Privatflächen umgestellt werden soll, dann braucht man ein sehr frühzeitiges Ankündigungssystem, damit auch rechtzeitig die gewünschten privaten Investitionen ermöglicht werden.

Für besondere Lebenslagen, wie zuvor genannt, ist es weiterhin notwendig, im Rahmen der Daseinsvorsorge Parkflächen auf öffentlichem Grund bereitzustellen. Dort, wo bisher seit Jahrzehnten öffentliche Straßen- oder Grünflächen nicht rechtskonform zum Parken genutzt werden, müssen in notwendiger Anzahl offizielle Kurzzeitparkplätze für diese Zwecke eingerichtet werden.

Um die notwendige Veränderung im Mobilitätsverhalten der Anwohner zu erreichen, kann auch der Ausweis von offiziellen Parkflächen nur für Carsharing-Fahrzeuge oder Lastenfahrräder sinnvoll sein.

Solche Regelungen könnten dann auch die Umstellung von Handwerks- oder Paketdiensten in diese Richtung unterstützen.

(mehrheitlich gefasster Beschluss anlässlich der öffentlichen Beiratssitzung am 16.11.2022)